

Zu Punkt **7.18**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
29.6.2023



Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 07. Juni 2023

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 29. Juni 2023

Teuerung nachhaltig bekämpfen – Unternehmer entlasten, statt belasten!

Während die Inflationsrate in Österreich von einem Rekordhoch zum anderen jagt, liegt sie in Spanien bei der Hälfte. Da fragt man sich: Was macht Spanien besser – oder zumindest anders?

Nachdem der freie Markt durch Absprachen und Monopolstellungen nicht mehr funktionierte, hat Spanien per Gesetz in Preise eingegriffen. Vor allem bei der gesetzlichen Beschränkung von Preisen ist Spanien Vorreiter. So dürfen etwa die Mieten in Spanien nur um maximal zwei Prozent steigen. Zum Vergleich ab 1. April wurde diese bei uns planmäßig um 8,6 Prozent teurer. Und zwar auch von den gemeinnützigen Wohngesellschaften, die im öffentlichen Eigentum stehen. Dazu kommt noch die massive Erhöhung bei den Gemeindeabgaben, die damit zu einem Hauptpreistreiber der Inflation wurden.

Auch der Gaspreis ist in Spanien gesetzlich gedeckelt. Im Frühsommer 2022 waren die beiden iberischen Staaten Spanien und Portugal die ersten, die eine Gaspreisbremse eingeführt haben. Für zwölf Monate darf Gas nicht mehr als 50 Euro pro Megawattstunde kosten. Das drückt auch den Strompreis nach unten: Letzten November war er um 22 Prozent günstiger als im Jahr zuvor. Angesichts der Tatsache, dass der Gaspreis derzeit weniger als 30 Euro pro KWH und damit unter Vorkriegsniveau liegt, muss man sich schon fragen, warum das bis heute nicht, bei den Betrieben angekommen ist.

Dasselbe sehen wir bei den Treibstoffpreisen, was zu massiven Teuerungen etwa auch bei den Lebensmittelkosten führt. Die Untätigkeit der Bundesregierung führt dazu, dass wir in Österreich im EU Vergleich nach wie vor die höchsten Inflationsraten haben. Das gefährdet nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wirtschaftsstandort, sondern auch den Binnenkonsum als wichtigen Wirtschaftswachstumsgeber. Noch höhere Löhne führen unwiderruflich in eine Lohn/Preis-Spirale und das gefährdet den Wohlstand aller.

Folgende Maßnahmen wären auch in Österreich, wie das Beispiel Spanien zeigt, leicht umsetzbar:

- Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Käse, Obst und Gemüse wurde für sechs Monate gestrichen.

- Für Öl- und Teigwaren hat die Regierung die Steuer von 10 auf 5% gesenkt.
- Mieten dürfen in Spanien nur um maximal 2% steigen.
- Spanien hat gemeinsam mit Portugal eine Preisbremse für Gas eingeführt.
- Pendlerinnen und Pendler können befristet gratis mit Öffis fahren.
- Energiekonzerne müssen zwei Jahre lang eine Sondersteuer auf ihre Übergewinne abgeben.
- Weniger Einmalzahlungen und weniger Steuern

Wir sehen mit Preisdeckeln den größten Unterschied zwischen Spanien und Österreich. Die spanischen Preisbremsen würden genau dort eingreifen, wo die Teuerung am stärksten zuschlägt, etwa bei den Mieten oder Lebensmitteln. In Österreich hingegen gebe es mit der Strompreisbremse nur eine nennenswerte Maßnahme, die Preise möglicherweise dämpft. Deshalb kann hier die Inflation hierzulande ungebremst weiterlaufen.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend aufgefordert, an die Bundesregierung und die dafür zuständigen Stellen in Österreich heranzutreten, um der Teuerung nachhaltig entgegenzutreten, in dem man dort, wo der freie Markt nicht mehr funktioniert eingreift und die Preise für einen notwendigen Zeitraum fixiert.



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter



Thomas Kainz
WP-Delegierter